

Rede zum Haushalt am 22. Januar 2026

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

liebe Bürgerinnen und Bürger,

der Haushalt ist das wichtigste politische Dokument einer Stadt.

Er ist mehr als eine Ansammlung von Zahlen.

Er zeigt Prioritäten.

Er zeigt Haltung.

Und er zeigt, ob Politik bereit ist, Verantwortung zu übernehmen – oder Probleme in die Zukunft zu verschieben.

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2026 zwingt uns zu einer schonungslos ehrlichen Betrachtung der Realität.

Denn eines ist klar:

Wir befinden uns **nicht** mehr in einer Phase normaler Haushaltsdebatten, sondern in einer **strukturellen Finanzkrise**.

Die FREIEN WÄHLER stehen für eine solide, ehrliche und generationengerechte Kommunalpolitik.

Unser Maßstab ist klar:

Ein Haushalt muss **realistisch**, **finanzierbar** und **verantwortbar** sein.

Diesen Maßstab erfüllt der Haushaltsentwurf 2026 nicht.

1. Die finanzielle Ausgangslage – strukturell verfehlt

Die Zahlen sind eindeutig:

- Ein Jahresfehlbetrag von über **26 Millionen Euro** im Jahr 2026.
- Auch nach allen Beratungen verbleibt ein Defizit von deutlich über **22 Millionen Euro**.

- Die Rücklagen sind spätestens ab **2028 vollständig aufgebraucht**.
- Bereits zum 01.01.2026 weist die Stadt eine **Liquiditätsunterdeckung von rund 95 Millionen Euro** auf – finanziert über Kassenkredite.
- Innerhalb nur eines Jahres hat sich die Liquiditätslage um rund **45 Millionen Euro** verschlechtert.

Das ist keine kurzfristige Delle.
Das ist das Ergebnis jahrelanger Fehlentwicklungen.

Ein Haushalt, der dauerhaft auf Kassenkredite angewiesen ist, verliert seine politische Gestaltungsfreiheit.

Wer diese Lage weiterhin verharmlost, handelt fahrlässig.

2. Ursachen klar benennen – nicht schönreden

Die Ursachen dieser Situation liegen nicht außerhalb der Stadt.
Sie sind **hausgemacht**:

- ein **ungezügelter Personalaufbau** der letzten Jahre,
- **systematisch zu hoch angesetzte Einnahmen**, insbesondere bei der Gewerbesteuer,
- und **sehr hohe investive Ausgaben**, ohne ausreichende Priorisierung.

Hinzu kommt ein gravierender Risikofaktor, der im Haushalt kaum Beachtung findet:
Laut Revisionsamt bestehen **potenzielle Gewerbesteuerrückforderungen in Höhe von bis zu 66 Millionen Euro – ohne jegliche Rückstellung**.

Das ist kein Randthema.
Das ist ein finanzielles Risiko von erheblichem Ausmaß.

3. Bedarfszuweisungen – Hilfe, aber kein Freifahrtschein

Der Freistaat Bayern hat der Stadt Erlangen **Bedarfszuweisungen in Höhe von insgesamt 35 Millionen Euro** zugesagt.
Davon sind **20 Millionen Euro bereits ausbezahlt**,
15 Millionen Euro werden jedoch erst nach Verabschiedung eines Haushalts ausgezahlt.

Diese Unterstützung ist wichtig – und wir sind dafür dankbar.
Aber eines muss klar sein:

Bedarfszuweisungen ersetzen **keine strukturelle Haushaltskonsolidierung**.
Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe – kein Freibrief für ein „Weiter so“.

4. Investitionen und Ergebnishaushalt – zwei Welten

Ja, es gibt einen positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit.
Ja, es wurden Einsparungen vorgenommen.

Doch diese Stabilität ist trügerisch.

Denn gleichzeitig leisten wir uns:

- ein **Investitionsdefizit von rund 49 Millionen Euro** allein im Jahr 2026,
- ein **kumuliertes Investitionsdefizit von fast 300 Millionen Euro** in der mittelfristigen Planung,
- eine **Nettoneuverschuldung von rund 55 Millionen Euro**.

Wir investieren längst über unsere Leistungsfähigkeit hinaus –
finanziert auf Kredit und zur Sicherung der Liquidität.

Das ist kein nachhaltiges Haushalten.
Das ist ein System auf Pump.

5. Großprojekte und Symbolpolitik – Beispiel StUB

Das Großprojekt Stadt-Umland-Bahn ist hierfür beispielhaft.

Unabhängig von der persönlichen Haltung gilt:

- Gesamtkosten von **über 600 Millionen Euro** (Preisstand 2022),
- ein **hoher kommunaler Eigenanteil** für Erlangen - auch wenn sich 10 % im ersten Moment wenig anhören.
- Steigende Betriebs- und Unterhaltungskosten,
- massive Kostensteigerungsrisiken über Jahre hinweg.

Und trotzdem wird an diesem Projekt festgehalten, als würde man **um ein goldenes Kalb herumtanzen**, während die finanzielle Realität längst eine andere Sprache spricht.

Unsere Haushaltsanträge zum **Moratorium**, zur **Anpassung der Zuschüsse** und zur **Herausnahme nicht abgerufener Mittel** wurden abgelehnt – obwohl selbst das Revisionsamt seit Jahren auf nicht genutzte zweistellige Millionenbeträge hinweist.

Das ist keine verantwortungsvolle Finanzpolitik.

6. Konsolidierung – nicht auf dem Rücken der Bürger

Klar ist auch:

Die **Erhöhung der Grundsteuer lehnen wir** nach wie vor **ab**.

Sie **belastet Mieterinnen und Mieter über die Nebenkosten**, sie **schwächt den Wirtschaftsstandort** und sie ist **Ausdruck fehlender struktureller Reformen**.

Konsolidierung darf **nicht** heißen:

Steuern erhöhen, weil man eigene Fehler nicht korrigieren will.

Unsere Anträge zielten stattdessen auf:

- realistische Gewerbesteueransätze im Haushalt,
- Reduktion externer Gutachten, Studien und PR-Aufträge,
- Stärkung interner Strukturen,
- echte Aufgabenkritik und Haushaltsdisziplin.
-

Viele unserer Anträge wurden abgelehnt oder nur unverbindlich zugesagt.

7. Zur Verantwortung und zur politischen Debatte

Der Versuch des Oberbürgermeisters, bereits im Vorfeld der Abstimmung jenen Fraktionen und Stadträten, die **diesem Haushalt nicht zustimmen können**,

die **Verantwortung für eine fehlende Mehrheit**

oder mögliche Verzögerungen bei Bedarfszuweisungen zuzuschieben,

hat den Charakter eines „unmoralischen Angebots“.

Gespräche, die **erst dann** stattfinden,

wenn der Haushalt politisch bereits gescheitert ist,
sind **kein Dialog auf Augenhöhe**.

Sie sind der Versuch, sich nachträglich Legitimation zu verschaffen –
ohne bereit zu sein, den Kurs tatsächlich zu ändern.

Wer den Dialog erst sucht, wenn er keine Mehrheit mehr hat,
darf sich nicht wundern, wenn Vertrauen nicht mehr automatisch vorhanden ist.

Wir haben unsere Gesprächsbereitschaft nie verweigert. Im Gegenteil:

Unsere Anträge lagen frühzeitig auf dem Tisch.

Unsere Vorschläge waren konkret, finanzierbar und verantwortungsvoll.

Sie wurden jedoch – fast alle – abgelehnt.

Aber eines ist unmissverständlich klar:

☞ **Die Verantwortung für eine mehrheitsfähige Haushaltsvorlage liegt beim Oberbürgermeister und bei der Verwaltung.**

- **Nicht** bei der Opposition.
- **Nicht** bei kritischen Stadträten.

Sondern dort, wo der Haushalt erarbeitet wird.

In einer parlamentarischen Demokratie ist es **nicht die Aufgabe der Opposition, der Stadtregierung zu Mehrheiten** zu verhelfen.

Wäre dieser Haushalt gescheitert, dann nicht an fehlender Zustimmung, sondern an fehlender Führung.

Wie man hört, fand sich am Ende dennoch eine zusätzliche Stimme.

8. Schlusswort

Haushaltspolitik ist kein Wunschkonzert.

Sie ist Verantwortung – gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern von heute und gegenüber den Generationen von morgen.

Dieser Haushalt rechnet **nicht** ehrlich,
er **priorisiert nicht konsequent**
und er **begrenzt Risiken nicht ausreichend**.

Deshalb stimmen die FREIEN WÄHLER dem Haushalt 2026 nicht zu.

Zum Schluss danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, den Referentinnen und Referenten sowie den Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats für die intensive Arbeit in den Haushaltsberatungen.

Mein Dank gilt außerdem dem Betriebsrat sowie der Presse für die sachliche Begleitung.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anette Wirth-Hücking

Stadträtin

FREIE WÄHLER Erlangen / Freie Wählergemeinschaft F.W.G.